

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

Sitzungsdatum: Mittwoch, den 26.04.2023
Beginn: 19:05 Uhr
Ende: 21:05 Uhr
Ort, Raum: Bürgersaal des neuen Rathauses Langensteinbach,
Hirtenstraße 45, 76307 Karlsbad

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Jens Timm

FDP / Liberale Liste Karlsbad

Herr Björn Kornmüller

Freie Wähler

Herr Alexander Bodemer

Frau Ortsvorsteherin Heike Christmann

Herr Ortsvorsteher Joachim Karcher

Frau Heidi Ochs

Herr Karl-Heinz Ried

Herr Ortsvorsteher Michael Wenz

Ohne Fraktion

Herr Ortsvorsteher Hans-Gerhard Kleiner

CDU

Herr Günter Denninger

Herr Jürgen Dummler

Herr Steffen Langendörfer

Herr Roland Rädle

Herr Norbert Ried

Herr Günter Sing

SPD

Herr Reinhard Haas

Herr Michael Nowotny

Frau Cornelia Nürnberg

Herr Klaus Steigerwald

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Heike Günther

Herr Andreas Hartmann

Frau Sabine Kronenwett

Frau Simone Rausch

Herr Uwe Rohrer

Frau Dr. Susanna Vollmer

Protokollführer

Herr Hans-Dieter Stößer

von der Verwaltung

Frau Sarah Esaias

Frau Petra Goldschmidt

Herr Benedikt Kleiner

Herr Ronald Knackfuß

Sachverständige

Frau Svenja Brutsch STEG

zu TOP 5

Frau Marielle Reuter

Abwesend:

Freie Wähler

GR Jürgen Herrmann – e-

GR Otto Höger - e-

Bündnis 90/Grüne

GR Thomas Guthmann -e-

CDU

GR Peter Kiesinger -e-

SPD

GR Jens Walch -e-

Tagesordnung:

- 1 **Bekanntgaben**
- 2 **Fragen der Gemeinderäte**
- 3 **Zustimmung zur Wahl Abteilungskommandanten und Stellvertreter Feuerwehr Karlsbad
Vorlage: 10/1458/2023**
 - 3.1 **Zustimmung zur Wahl des Abteilungskommandanten
Abt. Langensteinbach**
 - 3.2 **Zustimmung zur Wahl des 1. stv. Abteilungskommandanten
Abt. Langensteinbach**
 - 3.3 **Zustimmung zur Wahl des 2. stv. Abteilungskommandanten
Abt. Langensteinbach**
 - 3.4 **Zustimmung zur Wahl des Abteilungskommandanten
Abt. Ittersbach**

- 3.5 **Zustimmung zur Wahl des 1. stv. Abteilungskommandanten Abt. Ittersbach**
- 3.6 **Zustimmung zur Wahl des 2. stv. Abteilungskommandanten Abt. Ittersbach**
- 4 **Beratung und Beschlussfassung über die interkommunale Beschaffung und Ausschreibung eines Einsatzleitwagens (ELW1) für die Feuerwehr Karlsbad**
Vorlage: 10/1460/2023
- 5 **Sanierungsgebiet „Ortsmitte Langensteinbach“**
 - a) Zusammenfassung der Ergebnisse der vorbereiteten Untersuchungen (VU)
 - b) Förmliche Festlegung des Sanierungsgebiets - Fassen des Satzungsbeschlusses
 - c) Förderung privater Erneuerungsmaßnahmen
 - d) Förderung privater Ordnungsmaßnahmen
 - e) Beauftragung der STEG mit der Durchführung der Sanierung**Vorlage: 60/1452/2023**
- 6 **Beratung und Beschlussfassung über die Schulbuch-ausschreibung/-lieferung für die Karlsbader Schulen**
Vorlage: 10/1461/2023
- 7 **Beratung und Beschlussfassung über die Auftragsvergabe von Ingenieurleistungen zur Sanierung des HRB Mutschelbach**
Vorlage: 60/1456/2023
- 8 **Beratung und Beschlussfassung über die Vergabe von Planungsauftrag der Radwegebrücke Auerbach-Karlsbad**
Vorlage: 67/1435/2023
- 9 **Beratung und Beschlussfassung der Spendenannahme im 1. Quartal 2023**
Vorlage: 20/1462/2023
- 10 **Genehmigung von Protokollen**
- 11 **Verschiedenes**

Beratung und Beschlussfassung über die außerplanmäßige Auszahlung für Be- und Entlüftungsarbeiten sowie Metallbauarbeiten im Hochbehälter Spielberg
Vorlage: 60/1464/2023

- 12 **Fragen der Zuhörer**

Nach Eröffnung der Verhandlung stellt der Vorsitzende fest, dass durch Ladung vom 18.04.2023 ordnungsgemäß eingeladen worden ist und das Gremium beschlussfähig ist, weil 25 Gemeinderäte einschließlich Vorsitzender anwesend sind sowie die Sitzung im Mitteilungsblatt vom 20.04.2023 öffentlich bekannt gemacht worden war.

Als Urkundspersonen werden ernannt:

Gemeinderäte Karcher Joachim, Rädle Roland, Haas Reinhard, Rohrer Uwe.

zu 1 Bekanntgaben

Es gibt keine Bekanntgaben aus nichtöffentlicher Sitzung.

zu 2 Fragen der Gemeinderäte

Keine.

**zu 3 Zustimmung zur Wahl Abteilungskommandanten und Stellvertreter Feuerwehr Karlsbad
Vorlage: 10/1458/2023**

Der Vorsitzende hält Sachvortrag. Er freut sich darüber, dass in den Abteilungsversammlungen die Positionen jeweils wieder bzw. neu besetzt werden konnten. Er bedankt sich bei den Verantwortlichen der Feuerwehrabteilungen für deren Arbeit.

Im Gremium wird nicht weiter diskutiert. Der Vorsitzende bittet darum, mit der blockweisen Abstimmung einverstanden zu sein. Hierzu gibt es keinen Widerspruch.

TOP 3.1-3 Zustimmung zur Wahl des Abteilungskommandanten Abt. Langensteinbach des 1. stv. Abteilungskommandanten Abt. Langensteinbach und des 2. stv. Abteilungskommandanten Abt. Langensteinbach

Antrag an den Gemeinderat zu TOP 3.1 bis 3.3:

Der Gemeinderat möge der Wahl von Hr. Gunnar Goerke zum Abteilungskommandanten, Hr. Nils Roth als 1. stv. Abteilungskommandanten und Hr. Martin Knab zum 2. stv. Abteilungskommandanten zustimmen.

Einstimmig beschlossen 25 Jastimmen, 0 Gegenstimmen, 0 Enthaltungen.

TOP 3.4-5 Zustimmung zur Wahl des Abteilungskommandanten Abt. Ittersbach des 1. stv. Abteilungskommandanten Abt. Ittersbach und des 2. stv. Abteilungskommandanten Abt. Ittersbach

Antrag an den Gemeinderat zu TOP 3.4 bis 3.6:

Der Gemeinderat möge der Wahl von Hr. Christoph zum Abteilungskommandanten, Hr. Dann als 1. stv. Abteilungskommandanten und Hr. Funderinger zum 2. stv. Abteilungskommandanten zustimmen.

Einstimmig beschlossen 25 Jastimmen, 0 Gegenstimmen, 0 Enthaltungen.

**zu 4 Beratung und Beschlussfassung über die interkommunale Beschaffung
 und Ausschreibung eines Einsatzleitwagens (ELW1) für die Feuerwehr
 Karlsbad
 Vorlage: 10/1460/2023**

Der Vorsitzende leitet kurz ein und verweist darauf, dass die Kommunen verpflichtet sind, eine leistungsfähige Feuerwehr aufzustellen. Die finanziellen Mittel sind hierbei effizient zu verwenden. Daher beabsichtigen die Gemeinden Karlsbad, Waldbronn und Malsch gemeinsam jeweils einen Einsatzleitwagen (ELW1) für ihre Feuerwehren zu beschaffen.

Hauptamtsleiter Benedikt Kleiner hält Sachvortrag anhand der Vorlage: Ein ELW 1 ist ein Einsatzleitfahrzeug, das mit umfangreichen Kommunikationsmitteln und anderer Ausrüstung zur Führung von taktischen Einheiten ausgestattet ist. Es dient vorwiegend der Einsatzleitung zur Anfahrt und Erkundung von Einsatzstellen. Der bisher verwendete Mannschaftstransportwagen erfüllt nicht mehr die massiv gestiegenen Anforderungen.

Über die örtliche Funktion hinaus dienen die Einsatzleitwagen im Notfall auch als gegenseitige Redundanz im südlichen Landkreis. Hieraus ergeben sich weitere Vorteile durch die technisch ähnliche Ausstattung. Die Feuerwehrleute können einfacher ausgebildet werden. Durch die gemeinsame Beschaffung größerer Stückzahlen hoffen alle Beteiligten, Geld zu sparen. Außerdem tragen sich die Kosten der externen Beratung und des durchzuführenden Vergabeverfahrens besser. Zudem wird die interkommunale Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden gefördert.

Durch das Landratsamt Karlsruhe wurde eine zusätzliche mögliche monetäre Förderung für die Durchführung eines solchen Verfahrens in Aussicht gestellt. Die regulär beantragte Zuwendung beträgt 22 000 €.

Eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung aller Beteiligten ist nötig für dieses Projekt. Sie ist auch Grundlage für die erweiterte Förderung.

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

Der Gemeinderat stimmt der gemeinsamen Beschaffung und Ausschreibung von drei baugleichen Einsatzleitwägen für die Feuerwehren Karlsbad, Waldbronn und Malsch zu und beauftragt die Verwaltung hierzu eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung zu schließen

Einstimmig beschlossen Ja 25 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**zu 5 Sanierungsgebiet „Ortsmitte Langensteinbach“
 a) Zusammenfassung des Ergebnisses der vorbereitenden Untersuchungen
 (VU)
 b) Förmliche Festlegung des Sanierungsgebiets - Fassen des Satzungsbe-
 schlusses
 c) Förderung privater Erneuerungsmaßnahmen
 d) Förderung privater Ordnungsmaßnahmen
 e) Beauftragung der STEG mit der Durchführung der Sanierung
 Vorlage: 60/1452/2023**

Die GR Günter Denninger (CDU), Karl-Heinz Ried (Freie Wähler) und Norbert Ried (Freie Wähler) erklären sich für befangen und verlassen den Sitzungsraum.

Der Vorsitzende leitet in den Top ein. Er betont, dass das Thema wegen der Wichtigkeit nach dem Bauausschuss nochmals im Gesamtgremium vorgestellt wird. Die Gemeinde müsse mit einem längeren Zeitraum für die Sanierung rechnen. Es wird im Laufe des Verfahrens immer wieder Änderungen geben. Mit einem höheren Zuschuss durch entsprechende Aufstockungsverfahren sei zu rechnen. Möglich sei jedoch nicht, in mehreren Ortsteilen gleichzeitig Sanierungsverfahren zu beginnen. Das Gebiet sei sehr groß und man wolle die bestehenden Strukturen im Sanierungsbereich erhalten. Es wurde erkannt, dass Sanierungsbedarf besteht. Hier soll mit verschiedenen Maßnahmen unterstützt werden. Auch die Pension am Rathaus und die Sporthallen sollen in das Gebiet hineingenommen werden. Die bisherige Resonanz der Bürgerinnen und Bürger sei groß.

Svenja Brutsch von der STEG Stadtentwicklung GmbH hält einen ausführlichen Sachvortrag anhand der Vorlage und einer Powerpoint-Präsentation. Sie verweist auf die vergangene intensive Beratung im Bau- Planungs- und Umweltausschuss.

Themen sind u.a. hauptsächlich:

Ergebnisse der Vorbereitenden Untersuchungen

Abgrenzung der Vorbereitenden Untersuchungen / Festlegung Sanierungsgebiet

Städtebauliche Missstände (funktional, strukturell, räumlich, baulich)

Mitwirkung und Beteiligung der Betroffenen und der öffentlichen Aufgabenträger

Sanierungsziele

Entwicklungsschwerpunkte

Kosten- und Finanzierungsübersicht

Verfahrensart

Sanierungsbedingte Maßnahmen

Förderung privater Erneuerungsmaßnahmen

Förderung privater Ordnungsmaßnahmen

Beauftragung der STEG

Diskussion im Gremium

Es wird rege diskutiert und hinterfragt. GR Reinhard Haas (SPD) meint, dass die Konzentration auf ein Gebiet Sinn mache. GR Uwe Rohrer (Bündnis 90/Grüne) sagt, dass die Maß-

nahme absolut nötig sei. Sie komme allerdings teilweise zu spät. Er stellt Fragen zur Einbindung der Hallen (andere Fördermöglichkeiten) und des Hummelstalles.

Der Vorsitzende erläutert, dass das Gebiet in der Frankenstraße Auslöser war, das Verfahren zu starten. Die Hallen kämen der Gesamtbürgerschaft zugute und es gebe die Möglichkeit diese in das Sanierungsgebiet mit aufzunehmen. Das Hineinnehmen eröffne Möglichkeiten. Gefördert werden könne aber letztendlich nur nach einem Fördersystem. Frau Brutsch ergänzt, dass es bei Sonderprogrammen früher sogar Voraussetzung war, dass die Gebäude im Sanierungsgebiet liegen. GR Roland Rädle (CDU) meint u.a., dass die langen Zeiträume nicht erschrecken sollten. Die Dinge würden sukzessive abgearbeitet. Es bestehe Entwicklungspotenzial in verschiedenen Richtungen für die Zukunft. Möglich wäre, die Programme auf die anderen Ortschaften im Anschluss neu zu beantragen und damit das Potential zu erweitern.

GRin Simone Rausch (Bündnis 90/Grüne) äußert sich besorgt im Hinblick auf die finanziellen Tragbarkeit insgesamt. Der Vorsitzende bemerkt, dass finanzielle Sorgen nicht berechtigt seien. Die Gemeinde müsse gegenüber dem Land eine Finanzierung darstellen und grundsätzlich bereit sein, sich finanziell zu beteiligen. Es könnten Aufstockungsanträge gestellt werden und die Mittel würden stückweise im Haushalt eingeplant. Allerdings ist dies immer unter dem Gesichtspunkt der finanziellen Leistungsfähigkeit der Gemeinde Karlsbad zu sehen.

GR Andreas Hartmann (Bündnis 90/Grüne) fragt, ob die geplante Sporthalle in Mutschelbach in das Programm hineingenommen werden könne. Dies sei, so der Vorsitzende nicht möglich. Die räumliche Nähe fehle und es gebe auch keinen unmittelbaren Bezug zur Maßnahme. Für Mutschelbach müsste ein eigenes Gebiet definiert werden.

Auf Hinweis von GRin Heidi Ochs (Freie Wähler) wird noch ein Deckel von 40.000 Euro für private Abbruchkosten in den Beschlussvorschlag übernommen, da dies nur im Sachverhalt erläutert ist.

Weitere Detailfragen – u.a. zu Kosten der Baugutachten (Fördertopf), Einzelmaßnahme Fahrschule Kronenwett, Heizungsförderung (kumulativ möglich) werden beantwortet.

Auf Nachfrage vom Vorsitzenden erfolgt eine Abstimmung über alle Beschlussvorschläge im Block – es gibt kein Widerspruch im Gremium hierzu:

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

1.7 Beschlussvorschlag

Der Bericht der STEG über die vorbereitenden Untersuchungen nach § 141 BauGB wird zur Kenntnis genommen und den Sanierungszielen, dem Maßnahmenkonzept, der Kosten- und Finanzierungsübersicht sowie der in diesem Zusammenhang stehenden Eigenfinanzierungserklärung wird zugestimmt.

2.7 Beschlussvorschlag

Aufgrund der nachgewiesenen Sanierungsnotwendigkeit und Sanierungsdurchführbarkeit wird die Sanierungssatzung für das Gebiet „Ortsmitte Langensteinbach“ beschlossen.

Bezüglich der Wahl des Sanierungsverfahrens kommt das umfassende Sanierungsverfahren unter Einbeziehung der §§ 152 bis 156a BauGB zur Anwendung. Die Vorschriften des §144 BauGB über genehmigungspflichtige Vorhaben, Teilungen und Rechtsvorgänge werden damit ebenfalls in Kraft gesetzt.

Die Frist, in der die Sanierung „Ortsmitte Langensteinbach“ durchgeführt werden soll, wird vorläufig bis zum 30.04.2035 festgelegt.

3.3 Beschlussvorschlag

Private Erneuerungsmaßnahmen werden mit einer Förderquote von 30 % bezuschusst, Bemessungsgrundlage sind die berücksichtigungsfähigen Kosten gem. Städtebauförderungsrichtlinie. Der Zuschuss wird in der Regel auf max. 40.000 € je Maßnahme begrenzt. Für historisch, künstlerisch oder städtebaulich bedeutende Gebäude insbesondere Kulturdenkmale ist eine Erhöhung der Förderquote um bis zu 15 % möglich. Die Maximalförderung wird entsprechend angepasst.

Es ist eine ganzheitliche Erneuerung des Gebäudes unter sowohl städtebaulichen als auch energetischen Gesichtspunkten und unter Einhaltung der Mindestausbaustandards anzustreben. Die Wirtschaftlichkeit der Maßnahme ist zu beachten.

Die Verwaltung wird ermächtigt, private Erneuerungsmaßnahmen, die sich im Rahmen der genannten Konditionen bewegen, eigenständig abzuschließen. Abweichungen bei der Förderquote oder der Maximalförderung können im begründeten Einzelfall vom Gemeinderat beschlossen werden.

4.2 Beschlussvorschlag

Abbruch- und Abbruchfolgekosten werden mit einer Förderquote von 100 % erstattet. Eine Erstattung des Substanzverlusts wird nicht vorgesehen. Der Zuschuss wird in der Regel auf max. 40.000 € je Maßnahme begrenzt.

Die Verwaltung wird ermächtigt, private Ordnungsmaßnahmen, die sich im Rahmen der genannten Konditionen bewegen, eigenständig abzuschließen. Abweichungen können im begründeten Einzelfall vom Gemeinderat beschlossen werden.

5.3 Beschlussvorschlag

Da die umfangreichen Beratungs- und Dienstleistungen zur Durchführung der Sanierung von der Verwaltung mit eigenen Mitarbeitern nicht bewältigt werden können, empfiehlt die Verwaltung die STEG mit der Durchführung der Sanierung „Ortsmitte Langensteinbach“ zu beauftragen. Ergänzt durch Vorsitzenden: Der Abgrenzungsvorschlag von STEG für das Sanierungsgebiet wird so angenommen.

Mehrheitlich beschlossen 18 Jastimmen, 4 Enthaltungen, 0 Neinstimmen

**zu 6 Beratung und Beschlussfassung über die Schulbuchausschreibung/-
lieferung für die Karlsbader Schulen
Vorlage: 10/1461/2023**

Die GR Karl-Heinz Ried (CDU) und Günter Denninger (CDU) nehmen wieder im Sitzungskreis Platz.

Nach einer kurzen Einleitung durch den Vorsitzenden hält Hauptamtsleiter Benedikt Kleiner Sachvortrag anhand der Vorlage.

Grundsätzlich gilt das Wettbewerbsrecht auf europäischer Ebene beider Vergabe öffentlicher Lieferaufträge. Das Beschaffungsverfahren für preisgebundene Schulbücher ist hiervon nicht ausgenommen. Allerdings gilt gleichzeitig in Deutschland das Buchpreisbindungsgesetz. Dieses regelt eine umfassende Preisbindung auch für Schulbücher. Die öffentliche Hand müsse dies beachten. Der Buchhändler ist an vorgegebene Nachlässe gebunden. Damit findet kein Preiswettbewerb zwischen den Anbietern statt. Außerdem verbietet die Buchpreisbindung einen Wettbewerb bei den Zusatzleistungen. Hier dürfen nur handelsübliche Serviceleistungen kostenlos angeboten werden. Dazu zählen z.B. fachliche Beratung, das Betreiben einer Hotline, die Lieferung direkt in die Schulen oder die Abwicklung von Nachbestellungen.

In der Praxis führt das Fehlen unterscheidungsfähiger Zuschlagskriterien dazu, dass Aufträge ausnahmslos verlost werden müssen. Diese Situation zeigt auf, dass das Vergaberecht hier seine eigentlichen Ziele nicht erreicht, sondern letztlich ad absurdum geführt wird.

Auch bei dem Karlsbader Vergabeverfahren ist dies zu beachten. Nur wenn bestimmte Auftragswerte nicht überschritten werden können Schulbuchlieferungen direkt vergeben werden. Lediglich die öffentliche und europaweite Ausschreibung kann mit der Budgetierung und Aufteilung in Lose durch die nicht erreichten Schwellenwerte abgefangen werden.

Die Schul- und Kindergartenverwaltung forderte 7 Unternehmen zur Abgabe eines Angebots zur Schulbuchlieferung in den Schuljahren 2023/24 sowie 2024/25 auf. Alle 7 angeschriebenen Unternehmen haben ein Angebot abgegeben.

Aufgrund der Buchpreisbindung und gem. der rechtlichen Rahmenbedingungen sind alle Angebote gleichwertig. Alle Unternehmen haben Referenzen vorgelegt, telefonische Nachfragen bei Referenzkunden im Rahmen der letzten Ausschreibung haben stets eine einwandfreie Abwicklung bestätigt.

Die Ortsansässigkeit eines Bieters stellt grundsätzlich kein geeignetes Eignungs- oder Vergabekriterium dar- auch nicht das Kriterium eines Ansprechpartners vor Ort.

Es wird vorgeschlagen, die Vergabe in Losen durchzuführen. Gymnasium, Grundschule und SBBZ mit insgesamt 93.600 Euro sowie Realschule und Gemeinschaftsschule mit 80.900 Euro, insgesamt also 174.500 Euro. Der Zuschlag soll unter den anbietenden Firmen ausgelost werden. Die Verwaltung berichtet, dass nach einer erneuten Überprüfung des vorgeschlagenen Verfahrens die Möglichkeit besteht für die weiterführenden Schulen jeweils ein Los, also insgesamt drei Lose, zu bilden und außerdem die Schulbuchbestellung für die Grundschulen und dem SBBZ aus dem Schulbudget in einer Direktvergabe über die Schulen vorzunehmen. Dieser Vorschlag wird vom Vorsitzenden präferiert und insoweit würde man hier eine endgültige Prüfung vornehmen.

Diskussion im Gremium

Im Gremium wird von verschiedenen Gemeinderäten zur Vorgehensweise nachgefragt. Dabei geht es insbesondere um den Umfang der Nebenleistungen, Umweltverträglichkeit sowie die Seriosität der Anbieter und die Ausschreibungsstufen. Der Gemeinderat ist ebenso wie die Verwaltung nicht zufrieden mit den rechtlichen Rahmenbedingungen. Diese sind jedoch, so erläutern der Vorsitzende sowie der Hauptamtsleiter mehrfach, so zu beachten. OV Kleiner fragt ob ein Protokoll der Auslosung erstellt wird. Dies wird bejaht

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

Der Gemeinderat stimmt der Aufteilung des Auftrags in die zweite Losvariante und Auslosung der Firmen, sowie der Direktvergabe bei den Grundschulen und beim SBBZ aus den Schulbudgets, zu.

Mehrheitlich beschlossen Ja 19 Nein 0 Enthaltung 6 Befangen 0

**zu 7 Beratung und Beschlussfassung über die Auftragsvergabe von Ingenieurleistungen zur Sanierung des HRB Mutschelbach
Vorlage: 60/1456/2023**

Der Vorsitzende führt in den Sachverhalt ein. Bereits im Jahr 2016 wurde im Rahmen einer vertieften Überprüfung festgestellt worden, dass die Anlage nicht vollständig hochwassersicher ist. Durch veränderte Vorgaben mussten weitere Gutachten eingeholt werden. Zudem waren Abstimmungen mit übergeordneten Behörden erforderlich. Jetzt sind die Grundlagen geklärt und die Förderanträge mit den übergeordneten Behörden und es stimme die Richtung zur Durchführung. Eine endgültige Fassung mit allen wesentlichen Grundlagen liege vor.

Bauamtsleiter Ronald Knackfuß erläutert, dass die Firma Wald + Corbe weiter beauftragt werden soll. Es habe bereits umfangreiche Vorplanungen ausgeführt. Das Hauptaugenmerk der geplanten Maßnahmen liege auf dem zweiten Becken. Das vorhandene Auslaufbauwerk mit den damit verbundenen Anlagenteilen wird teilweise neu gebaut. Das bedeutet, dass anstatt einer Entlastungsleitung mit Schiebergebäude eine zweite Grundablassöffnung in den Damm eingebaut werden muss.

Im Gemeinderat wird kein Diskussionsbedarf gesehen. GR Michael Wenz (Freie Wähler) weist auf ein verändertes Flurstück hin.

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

Die Verwaltung empfiehlt dem Gemeinderat, den Planungsauftrag zur Sanierung des Hochwasserrückhaltebeckens (HRB) Mutschelbach an Wald + Corbe Consulting GmbH, Hügelsheim, zu vergeben.

Einstimmig beschlossen Ja 25 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**zu 8 Beratung und Beschlussfassung über die Vergabe von Planungsauftrag der Radwegebrücke Auerbach-Karlsbad
Vorlage: 67/1435/2023**

Der Vorsitzende führt kurz in das Thema ein. Er erläutert dabei u.a., dass eine Planung für den Förderantrag nötig ist. Umgesetzt werden soll das Vorhaben dann, wenn die Förderung positiv entschieden wird. Dies sei auch vom Gemeinderat in den Diskussionen so festgelegt worden. Bei der Planung sei wichtig, die Wege von der Brücke ausgehend gut an das bestehende Wegenetz anzubinden. Geplant sei eine stufenweise Beauftragung. Zunächst gehe es um einen Grundlagenplan für die Förderanträge zu erarbeiten.

Diskussion im Gemeinderat

GR Reinhard Haas (SPD) betont, dass das Ziel eine sichere Querung der Landesstraße sei. Es gebe hierfür verschiedene Modelle. Er favorisiere die Querungshilfe an der Landesstraße. GR Andreas Hartmann (Bündnis 90/Grüne) meint, dass die Summe von 1,4 Millionen Euro schon "ein Wort" sei. Seiner Ansicht nach sollte eine kürzere Brücke möglich sein. Konkret stellt er sich hierfür eine Stahl/Betonversion mit einer geringeren Spannweite (15-20 Meter) vor. Die Kosten müssten langfristig niedrig gehalten werden.

Der Vorsitzende bemerkt, dass der Fachplaner nunmehr einen Vorschlag für den Förderantrag ausarbeiten wird. Heute gehe es um die Vergabe des Planungsauftrages als vorbereitende Stufe des Förderantrages.

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

Der Gemeinderat vergibt den Planungsauftrag für die Radwegebrücke Auerbach an die Firma Ing.-Büro Koehler-Leutwein

Mehrheitlich beschlossen Ja 20 Nein 5 Enthaltung 0 Befangen 0

zu 9 Beratung und Beschlussfassung der Spendenannahme im 1. Quartal 2023 Vorlage: 20/1462/2023

Der Vorsitzende erläutert den Sachverhalt. Er bedankt sich bei den Spenderinnen und Spendern. Der Hauptteil der Spenden komme dem Ferienspaß zugute. Eine Diskussion kommt nicht zustande.

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

Der Gemeinderat beschließt die Geldspenden in Höhe von 5.874,95 €, sowie die Sachspenden in Höhe von 172,98 € anzunehmen.

Einstimmig beschlossen Ja 25 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

zu 10 Genehmigung von Protokollen

Die Gemeinderatsprotokolle vom 1.6.2022, 14.12.2022 und 1.2.2023 werden ohne Gegenstimmen und Enthaltungen genehmigt.

zu 11 **Verschiedenes**

Der Vorsitzende informiert zu verschiedenen Themen:

11.1 Hochbehälter Spielberg Sanierungsarbeiten

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage zu einer außerplanmäßigen Ausgabe. Die vorgesehenen und beauftragten Arbeiten konnten 2022 nicht durchgeführt werden. Sie verzögerten sich wegen Lieferengpässen für Edelstahlmaterial.

11.2 Querung Lange Straße Karlsbad-Ittersbach

Die Sanierung sei in drei Jahren vom Regierungspräsidium eingeplant gewesen. Jetzt seien die Schäden so groß, dass die Arbeiten vorgezogen werden sollen. Die Gemeinde müsse daher entscheiden, ob sie eine Querungshilfe an der Ortseinfahrt aus Richtung Straubenhart/Langenalb unterhalb der Einmündung zum „Oberen Wasen“ beziehungsweise zur Feldbergstraße in diesem Zug realisieren lassen will oder nicht. Die Kosten betragen voraussichtlich 200.000 Euro, darin enthalten seien 50.000 Euro für den barrierefreien Ausbau der Bushaltestelle. Die Kosten müsse die Gemeinde tragen. Die Summe sei erheblich, jedoch müsse auch die Fahrbahn verschwenkt werden, da die Querungshilfe auch für Radfahrer mit Anhänger geeignet sein muss. In der Nähe sei ein Zebrastreifen vorhanden. Allerdings gebe es aus dem angrenzenden Wohngebiet Fußgängerverkehr der nicht über den Zebrastreifen die Straße überquere. GR Reinhard Haas (SPD) plädiert dafür, diese Querung zu realisieren. Ortsvorsteherin Heike Christmann (Freie Wähler) sagt, dass der Ortschaftsrat seit Jahren in diese Richtung erfolglos Vorstöße unternommen habe. Es mache Sinn, diese Lösung jetzt umzusetzen und nicht später. Dem stimmt GR Michael Nowotny (SPD) zu. GR Roland Rädle (CDU) befürwortet dies ebenfalls. GR Uwe Rohrer möchte, dass die Verwaltung zuerst einen Deckungsvorschlag unterbreite und nicht der Gemeinderat. Im Gemeinderat wird über das Verfahren, Deckungsvorschläge aus dem Gremium oder der Verwaltung zu unterbreiten, kontrovers diskutiert. Auch die Deckungsebenen werden hinterfragt. Der Vorsitzende sagt nachdem es keine Wortbeiträge mehr gibt, dass die Verwaltung über den Deckungsvorschlag entscheiden wird.

11.3 Terminbekanntgaben

Spatenstich Baugebiet Schaftrieb 4.5. 16:00 Uhr.

Einweihung Aussegnungshalle / Entwidmung Luthersaal 12.5. 15:45 Uhr / 15:00 Uhr

11.4 Breitbandausbau - Betreiberentgelte

Derzeit erhalte die Gemeinde Betreiberentgelte in Höhe von 54.000 Euro. Damit belege die Gemeinde den ersten Platz im Landkreis. Es gebe zwischenzeitlich sowohl mit der Telekom als auch der Deutschen Glasfaser Ansätze und Gespräche, das Leitungsnetze gemeinsam genutzt werden um einen unnötigen Ausbau verschiedener Betreiber im gleichen Gebiet zu haben. Bei der BLK Karlsruhe sei grundsätzlich ein Ausbau mit OpenAccess gegen entsprechende Nutzungsentgelte das übliche Verfahren. Allerdings wurde die Nutzung von den anderen Betreibern bisher abgelehnt und lieber selber hinterher versucht ein eigenes Leitungsnetz auszubauen.

11.5 Ärztehaus

Es gibt einen Arzt der die Hausarztpraxis in Ittersbach übernehmen will –zusammen mit der Ärztin die schon seit längerem ihr Interesse bekundet hat. Die Räume entstehen im Ärztehaus und ein Vorvertrag ist geschlossen. Weiterhin interessiere sich noch ein Hals-Nasen-

Ohrenarzt für die Räumlichkeiten. Die Gemeinde unterstützt hierbei und hofft auf einen Abschluss.

11.6 Personeller Wechsel beim Integrationsmanagement

Frau Ruß ist hier nicht mehr tätig, dafür wird Frau Leberfing in dem Bereich eingearbeitet.

11.7 Platzvergabe im Kindergartenbereich

Derzeit wird die Platzvergaberunde im Kindergartenbereich durchgeführt. Aktuell seien mindestens 18 bis 20 Plätze – auf ganz Karlsbad bezogen – nicht belegt. Man sei hier auf einem normalen Weg und es sieht danach aus, dass insgesamt 10 Familien keinen Kindergartenplatz erhalten.

11.8 Finanzlage – VWFA-Sitzung

GR Günter Denninger (CDU) möchte, dass wieder eine Sitzung des VWFA stattfindet. Ein Tagesordnungspunkt soll die Finanzlage sein. Der Vorsitzende nimmt die Anregung auf und wird am 17.5. eine Sitzung vornehmen. Großartige Ausführungen zum aktuellen Haushaltsplan werden zu diesem Zeitpunkt zu Beginn des Jahres aber noch nicht möglich sein.

zu 12 Fragen der Zuhörer

Keine.

gez. Jens Timm
Vorsitzender

gez. Hans-Dieter Stößer
Protokollführer/in

Gemeinderat Joachim Karcher
Urkundsperson

Gemeinderat Reinhard Haas
Urkundsperson

Gemeinderat Roland Rädle
Urkundsperson

Gemeinderat Uwe Rohrer
Urkundsperson